



Öffentliche Niederschrift der 18. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

Sitzungstermin: Dienstag, 09.07.2024
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: Uhr
Ort: Rathaus, Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal), Hubertusstraße 17, 52477 Alsdorf

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Bemerkung

Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion

Stimmberechtigte Mitglieder

Name

Bemerkung

Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion

Herr Stv. Stefan Breuer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion

Herr Stv. Markus Conrads - SPD-Fraktion

Vertretung für: Herr Stv. Detlef Loosz

Frau Stv. Petra Odenbreit - SPD-Fraktion

Herr Stv. Tino Schwedt - SPD-Fraktion

Herr Stv. Sadi Ünal - SPD-Fraktion

Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion

Herr Josef Nevelz - SPD

Herr Stv. Wilfried Maul - CDU-Fraktion

Vertretung für: Herr Stv. Fabian Dohms

Herr Stv. Ronny Niessen - CDU-Fraktion

Herr Stv. Florian-Paul Weyand - CDU-Fraktion

Herr Frank Breuer - CDU

Frau Heidrun Sengstake - B'90/DIE GRÜNEN

Herr Thomas Hermanns - B'90/DIE GRÜNEN

Beratende Mitglieder

Name

Bemerkung

Herr Leo Bernard Lausberg - SPD

Herr Fabian Schäfer - FDP

Herr Kim Pruss - SPD

Vertretung für: Herr Andre Bischoff

Vertretung für: Herr Joachim Schümers

Verwaltung

Name

Herr Technischer Dezernent Andreas Dziatzko - Dezernat II

Herr Carsten Eifler - A 60 - Bauverwaltungsamt

Frau Dominika Wirtz - A 66 - Eigenbetrieb Technische Dienste

Herr Uwe Schulz - A 61 - Amt für Planung und Umwelt

Frau Miriam Molitor - A 61 - Amt für Planung und Umwelt

Herr Florian Preusse - A 61 - Amt für Planung und Umwelt

Herr Lukas Bahnen - A 61 - Amt für Planung und Umwelt

Herr Dr. Timo Sachsen - A 61 - Amt für Planung und Umwelt

Herr Nick Dillgard - A 61 - Amt für Planung und Umwelt

Bemerkung

Schriftführung

Name

Herr Jan Haag - A 12 - Amt für Rat und Verfassung

Bemerkung

Abwesend

Stimmberechtigte Mitglieder

Name

Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion

Herr Stv. Fabian Dohms - CDU-Fraktion

Herr Hans-Peter Schoof - AfD

Bemerkung

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

Beratende Mitglieder

Name

Herr Andre Bischoff - FDP

Herr Joachim Schümers - SPD

Herr Franz-Dieter Lothmann - CDU

Herr Michael Donner - CDU

Herr Johann-Josef Kuntz - B'90/DIE GRÜNEN

Bemerkung

entschuldigt

entschuldigt

unentschuldigt

unentschuldigt

unentschuldigt

Gäste

Name

Frau Sabine Turhan - AVISO GmbH

Bemerkung

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Fragestunde für Einwohner/innen der Stadt Alsdorf gemäß § 17 der Geschäftsordnung	
2.1	Einführung und Verpflichtung von (stellvertretenden) sachkundigen Ausschussmitgliedern	
3	Bericht der Verwaltung	2024/0181/A12
4	Ausbau der Lassallestraße; hier: Beschluss des Bauprogramms	2024/0166/A60
5	Ausbau der Sassenbergstraße; hier: Beschluss des Bauprogramms	2024/0167/A60
6	Sachstandsbericht des Eigenbetriebs Technische Dienste zu laufenden und noch durchzuführenden Baumaßnahmen im Bereich Straßen und Friedhöfe	2024/0176/A60
7	NEMORA - Netzwerk Mobilitätswende Region Aachen - AG Starke Achsen: Regionale ÖPNV-Hauptkorridore	2024/0178/A61
8	Lärmaktionsplanung hier: Beschluss des Lärmaktionsplanes	2024/0179/A61
9	Widmung von Straßen im Stadtgebiet; hier: Schaufenberg Teil 2	2024/0180/A60
10	Bebauungsplan Nr. 374 – FV Anlage – Duckweiler Wüstung – a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung zum Bebauungsplan Nr. 374 – FV Anlage – Duckweiler Wüstung – b) Billigung des geänderten Bebauungsplanentwurfes c) Beschlussfassung über die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 374 – FV Anlage – Duckweiler Wüstung –	2024/0191/A61
11	Anfragen und Mitteilungen	

Nichtöffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Bericht der Verwaltung	2024/0182/A12
2	Beauftragung des Eigenbetriebs Technische Dienste mit der Umsetzung einer investiven Straßenbaumaßnahme; hier: Umbau der Konrad-Adenauer-Allee	2024/0165/A60
3	Barrierefreier Ausbau von 50 Bushaltestellen; hier: Auftragserteilung Ingenieurleistungen	2024/0172/A66
4	Beauftragung des Eigenbetriebs Technische Dienste mit der Umsetzung einer investiven Straßenbaumaßnahme; hier: Erschließung des Interkommunalen Gewerbegebiets	2024/0173/A60
5	Begleitende Verkehrszählung und Evaluierung zum Verkehrsversuch in der Bahnhofstraße hier: Auftragserteilung	2024/0177/A61
6	Anfragen und Mitteilungen	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses für Stadtentwicklung, den Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/innen und die Mitarbeiter/innen der Verwaltung.

Anschließend stellt der Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Plum, fest, dass Einladung und Erläuterungen zur heutigen Sitzung allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung fest.

Zunächst gibt der Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Plum, Folgendes zur Information:

Öffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um

TOP 2.1 Einführung und Verpflichtung von (stellvertretenden) sachkundigen Ausschussmitgliedern

zu **erweitern**.

Danach stellt der Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Plum, die Tagesordnung zur Abstimmung. Diese wird **einstimmig** mit den vorgetragenen Änderungen angenommen.

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, meldet jeweils eine Anfrage für den öffentlichen sowie den nichtöffentlichen Sitzungsteil an. Herr Technischer Dezernent Dziatzko meldet eine Mitteilung für den öffentlichen Sitzungsteil an.

Nunmehr stellt der Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Plum, die Frage, ob sich ein Mitglied des Ausschusses für Stadtentwicklung zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung für befangen erklärt. Dies ist nicht der Fall.

Zu 2 Fragestunde für Einwohner/innen der Stadt Alsdorf gemäß § 17 der Geschäftsordnung

Es werden keine Fragen von Einwohnerinnen und/oder Einwohnern gestellt.

Zu 2.1 Einführung und Verpflichtung von (stellvertretenden) sachkundigen Ausschussmitgliedern

Nachdem sich die anwesenden Ausschussmitglieder von ihren Plätzen erhoben haben, nimmt der Ausschussvorsitzende Herr Stv. Plum die nach der GO NRW vorgeschriebene Einführung und Verpflichtung des sachkundigen Ausschussmitgliedes, **Herrn Frank Breuer (CDU)**, durch Nachsprechen folgender Formel vor:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Diese Verpflichtung wird durch Unterzeichnung der entsprechenden Erklärung durch Herrn Frank Breuer bekräftigt.

Nachdem sich die anwesenden Ausschussmitglieder von ihren Plätzen erhoben haben, nimmt der Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, die nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vorgeschriebene Einführung und Verpflichtung des sachkundigen Ausschussmitgliedes, **Herrn Frank Breuer (CDU)**, durch Nachsprechen folgender Formel vor:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Diese Verpflichtung wird durch Unterzeichnung der entsprechenden Erklärung durch Herrn Frank Breuer bekräftigt.

Abstimmungsergebnis:
Einmütig

Zu 3 Bericht der Verwaltung 2024/0181/A12 Entscheidung

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, bezieht sich auf TOP 13 „Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW); hier: Haltestelle Schillerstraße an der Jülicher Str. 132-138 und weitere Anregung zur Einleitung/Wiederaufnahme eines Verfahrens zum Umbau der unteren Jülicher Straße und Erstellung eines neuen Lärmaktionsplans; Antrag Frau Anna Zell und Frau Christiane Witterstein vom 28.01.2023“ des Berichtes der Verwaltung vom 20.04.2023 und bittet um den aktuellen Sachstand der Bushaltestelle in der Schillerstraße.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko informiert, dass man die Bushaltestelle in der Schillerstraße, versuchsweise auf Höhe der Straßenhausnummer 138, verlegt habe. In diesem Versuchszeitraum habe man die Rückstaubildung beobachtet und überprüft, ob die weiter oben gelegene Querungshilfe dadurch beeinträchtigt werde. Die Querungshilfe sei zu den Spitzenstunden im Winter deutlich beeinträchtigt, so dass

man davon ausgehen könne, dass die Querungshilfe im Sommer noch mehr beeinträchtigt werde. Aus diesem Grund wird eine temporäre Verlegung der Bushaltestelle auf Höhe des Straßenhauses Nummer 138 erstmal nicht weiterverfolgt. Es werde derzeit, in einem Abstimmungsverfahren mit dem Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen.NRW), geprüft, ob man die Rücknahme der Bushaltestellenbucht provisorisch herstellen könne, so dass der Bus auf der Straße halten könne, so dass der schmale Gehweg, welcher eine Gefahr für die Fahrgäste darstelle, zukünftig um die Bushaltestellenbucht ergänzt werden könne. Sofern Straßen.NRW dem zustimme, könne man o.a. Maßnahmen provisorisch einrichten, bis die Bushaltestelle in der Schillerstraße final barrierefrei ausgebaut sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung der Stadt Alsdorf nimmt den Bericht über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung gefassten Beschlüsse und der noch nicht ausgeführten Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Zu 4 Ausbau der Lassallestraße; hier: Beschluss des Bauprogramms 2024/0166/A60 Entscheidung

Herr Breuer, CDU, fragt an, ob die Parktaschen, die in der Lassallestraße gebaut werden, Park + Ride Parkplätze oder öffentliche Anwohnerparkplätze seien.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko erklärt, dass es sich hierbei um ganz normale öffentliche Parkplätze handeln würde.

Herr Parschukow, A 66 - Eigenbetrieb Technische Dienste, erläutert, dass die Lassallestraße und die Sassenbergstraße (TOP 5) verbunden seien und dementsprechend gleichzeitig ausgebaut werden. Der Ausschuss für Stadtentwicklung habe in seiner Sitzung am 23.04.2024 die Durchführungsvereinbarung beschlossen, so dass der Eigenbetrieb Technische Dienste den Auftrag bekam, die Planung und den Ausbau der o.a. Straßen zu beginnen. Die Sanierung beider Straßen würde im Vollausbau zusammen mit einer Kanalsanierung durchgeführt. Die Lassallestraße werde komplett neu ausgebaut, der vorhandene Kanal verdämmt und ein neuer Kanal eingebaut. Im ersten Abschnitt, vom Wendehammer bis zur Sassenbergstraße, werde ein DN 300 Kanal eingebaut. Im zweiten Abschnitt, von der Sassenbergstraße bis zur Husemannstraße, werde ein DN 400 Kanal eingebaut. Der Straßenkörper werde in Pflasterbauweise mit Mittelrinne als Mischverkehrsfläche ausgebaut und habe eine Breite von ca. sechseinhalb Metern. Es seien ca. 15 öffentliche Stellplätze und vier Baumstandorte eingeplant. Der Kanal in der Sassenbergstraße werde ebenfalls saniert und erneuert. Im Abschnitt von der Husemannstraße bis zur Lassallestraße werde ein DN 300 Kanal eingebaut. Der Straßenkörper werde in Pflasterbauweise mit Mittelrinne als Mischverkehrsfläche ausgebaut und habe eine Breite von ca. vier-einhalb Metern.

Herr Parschukow, A 66 - Eigenbetrieb Technische Dienste, verweist bezüglich der Planungs- und Ausbaudauer, auf die in seiner Präsentation dargestellte Zeitschiene.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Zeitschiene ist als **Anlage 1** beigelegt.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, fragt an, wie die Planung der Finanzierung aussehe.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko führt aus, dass durch die Auflösung des A 65 - Bauamt der Aufgabenbereich der Straßenbaulasten dem A 66 - Eigenbetrieb Technische Dienste übertragen wurde. Man könne nun das A 66 - Eigenbetrieb Technische Dienste, analog zur Stadtentwicklung Alsdorf GmbH (SEA), mit Durchführungsvereinbarungen beauftragen, um Investitionsmaßnahmen maßnahmenspezifisch aus dem Kernhaushalt durch den Eigenbetrieb Technische Dienste umsetzen zu lassen. Dies wurde im letzten Ausschuss für Stadtentwicklung am 23.04.2024 bereits beschlossen. Im Kernhaushalt stehen für die hiesige Maßnahme Haushaltsmittel zur Verfügung, die durch den Beschluss über die Durchführungsvereinbarung vom A 66 - Eigenbetrieb Technische Dienste jederzeit abgerufen werden können.

Herr Eifler, A 60 - Bauverwaltungsamt, ergänzt, dass zurzeit seitens des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) ein Beitragserhebungsverbot bestehe. Es werde jedoch eine Rechtsverordnung erlassen, in der geregelt werde, zu welchem Anteil die Beitragsausfälle, die in den Kommunen entstehen, vom Land erstattet werden. Da die Rechtsverordnung noch nicht rechtskräftig sei, könne man noch nicht sagen, wie hoch der Anteil der Stadt Alsdorf ausfalle. Es gäbe aber, für den Fall, dass die Rechtsverordnung nicht rechtzeitig fertig werden würde, die Möglichkeit, eine kommunale Sondersatzung zu erlassen, in der man selber Beiträge festlege, die man als Maßgabe für die Forderungen der Beitragsausfälle an das Land nehmen könne. Man sei jedoch zuversichtlich, dass die Rechtsverordnung bis zum Ende des Jahres fertig werde und man dann wisse, wie hoch die Erstattung sei. Bei der Haushaltsplanung wurde deshalb auch vorsichtig vorgegangen, in dem man in dem Bereich nicht mit hohen Einnahmen gerechnet habe, um notfalls eine vorläufige Finanzierung zu gewährleisten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Vorstellung des Bauprogramms zur Kenntnis und beauftragt den Eigenbetrieb Technische Dienste mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 5 Ausbau der Sassenbergstraße; hier: Beschluss des Bauprogramms
2024/0167/A60
Entscheidung**

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Vorstellung des Bauprogramms zur Kenntnis und beauftragt den Eigenbetrieb Technische Dienste mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 6 Sachstandsbericht des Eigenbetriebs Technische Dienste zu laufenden und noch durchzuführenden Baumaßnahmen im Bereich Straßen und Friedhöfe
2024/0176/A60
Entscheidung

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, fragt an, ob die Friedhofskommission in dieser Legislaturperiode nochmal tagen solle.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko informiert, dass die nächste Friedhofskommission am 04.09.2024 tagen werde und die Einladungen bereits versandt wurden.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, hat eine Frage zu Ziffer 6 der Anlage für den Sachstandsbericht des Eigenbetriebes Technische Dienste zu laufenden und noch durchzuführenden Baumaßnahmen im Bereich Straßen und Friedhöfe; hier: Erweiterung der Gehwegbeleuchtung entlang der K10 zwischen der Autobahnbrücke A 44 und der Jakobstraße.

Er fragt nach, ob die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWV) die Nachricht, dass bei der Maßnahme noch abgewartet werde, einfach hingenommen habe oder nicht. Die EWV habe ja bereits den Auftrag erteilt bekommen.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko bestätigt, dass die EWV beauftragt wurde und informiert, dass es Gespräche mit der EWV und der StädteRegion Aachen gab, in denen abgesprochen wurde, dass, wenn die StädteRegion Aachen den Radweg entlang der K10 baue, die Straßenbeleuchtung mit in diese Maßnahme hineinfließe. Bezüglich der Rückstellung des Auftrages wurden seitens der EWV keine Probleme beanstandet. Es werde derzeit geprüft, ob die Erweiterung der Gehwegbeleuchtung, im Zuge des Radwegebaus der StädteRegion förderfähig sei oder nicht.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt den Sachstandsbericht des Eigenbetriebs Technische Dienste zu laufenden und noch durchzuführenden Baumaßnahmen im Bereich Straßen und Friedhöfe zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Zu 7 NEMORA - Netzwerk Mobilitätswende Region Aachen
- AG Starke Achsen: Regionale ÖPNV-Hauptkorridore
2024/0178/A61
Entscheidung

Herr Janssen, B'90/DIE GRÜNEN, fragt nach dem Grund, warum es keine Verbindung zwischen Mariadorf und Eschweiler gebe.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko informiert, dass bereits die Linie 28 über Hoengen und Warden und eine neu geplante Strecke über Weiden und Merzbrück

nach Eschweiler führen würde.

Beschluss:

a) Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt – dem Lenkungskreis NEMORA folgend – die anhand einer Wirkungsanalyse fundierten 15 regionalen ÖPNV-Hauptkorridore für Stadt und StädteRegion Aachen.

b) Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt zur Kenntnis, dass die aus der Arbeitsgruppe Starke Achsen ergänzten ÖPNV-Korridore einer weiteren Wirkungsanalyse (Bezugsjahr 2024) für Stadt und StädteRegion Aachen unterzogen werden, um dann ggf. das Netz der ÖPNV-Hauptkorridore zu erweitern. Die nötigen Finanzmittel werden aus dem Topf des solidarischen Pauschalbetrags, welcher dem NEMORA-Netzwerk zur Verfügung steht, bereitgestellt.

c) Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt zur Kenntnis, dass eine weitere Wirkungsanalyse für den gesamten vorliegenden Vorschlag des ÖPNV-Korridorhauptnetzes beauftragt wird. Das hierfür verwendete städteregionale Verkehrsmodell soll die Entwicklungen in den Kommunen für den Prognosehorizont bis 2030 berücksichtigen. Die nötigen Finanzmittel werden aus dem Topf des solidarischen Pauschalbetrags, welcher dem NEMORA-Netzwerk zur Verfügung steht, bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 8 Lärmaktionsplanung
hier: Beschluss des Lärmaktionsplanes
2024/0179/A61
Entscheidung

Frau Turhan, AVISO GmbH, stellt den Lärmaktionsplan anhand einer Power-Point-Präsentation dar.

Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

Herr Lausberg, SPD, merkt an, dass man sich intensiv mit dem Lärmaktionsplan befasst habe und bereits einen Antrag gestellt habe, der in den Lärmaktionsplan eingeflossen und bewertet worden sei. Zusätzlich kritisiert Herr Lausberg, SPD, dass bei 90% der in der Kartierung aufgeführten Ergebnisse Prüfaufträge vorgesehen seien. Ein Prüfauftrag gebe der nachfolgenden Behörde immer die Möglichkeit, zu neuen oder anderen Ergebnissen zu kommen. Da man sich auf EU-Recht bewegen würde, wäre eine deutlichere und selbstbewusstere Formulierung des Lärmaktionsplanes wünschenswert gewesen.

Frau Turhan, AVISO GmbH, weist auf die Problematik hin, dass die betroffenen Straßen alle in der Straßenbaulast von Straßen.NRW und/oder der Autobahn GmbH des Bundes und nicht in der Straßenbaulast der Kommune liegen würden. Es sei schwer, eine deutlichere und selbstbewusstere Formulierung in den Lärmaktionsplan

aufzunehmen, da die Kommune zum Beispiel ein Tempolimit nicht einfach selbst bestimmen könne.

Herr Lausberg, SPD, sei nicht überzeugt und informiert, dass man sich auf der Basis des EU-Rechtes befinden würde und die Maßnahmen seien umzusetzen oder eben nicht. Aus diesem Grund sei die Darstellung der Rechtslage nicht nachvollziehbar.

Frau Turhan, AVISO GmbH, merkt erneut an, dass man versuche, an den betroffenen Straßen den Lärm zu reduzieren und die Kommune deshalb verpflichtet sei, diesen Lärmaktionsplan aufzustellen. Die Umsetzung habe aber über den Straßenbaulastträger zu erfolgen und könne nicht alleine von der Kommune bestimmt werden.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko informiert zusätzlich, dass man es im Vorfeld versäumt habe, nationale Berechnungsmethoden mit EU-Berechnungsmethoden zu harmonisieren. Der Lärmaktionsplan sei nicht mehr wert als ein Empfehlungsschreiben an den Straßenbaulastträger (hier: Straßen.NRW/Die Autobahn GmbH des Bundes), mit der Bitte die Emissionswerte von lärmbelästigten Straßen nach der nationalen Berechnungsmethode (RSL19) zu prüfen. Der Straßenbaulastträger (hier: Straßen.NRW/ Die Autobahn GmbH des Bundes) müsse dann alle Maßnahmen, die auf der Straßenkartierung, welche auf EU-Berechnungsmethoden basieren, mit der national geltenden Berechnungsmethode (RSL19) überprüfen und die ganze Arbeit nochmal machen, bevor Maßnahmen überhaupt umgesetzt werden können. Deshalb habe man die Prüfaufgabe auf den Weg gegeben.

Herr Janssen, B'90/DIE GRÜNEN, fragt nach, ob der Bund über die Problematik und Informationen im Lärmaktionsplan, insbesondere bezüglich der A 44, Bescheid wisse.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko informiert, dass die Straßenkartierung öffentlich einsehbar sei und, Beschluss vorausgesetzt, der Lärmaktionsplan an den Straßenbaulastträger (hier: Straßen.NRW/Die Autobahn GmbH des Bundes) weitergeleitet werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt den Lärmaktionsplan der Stufe 4 für die Stadt Alsdorf in seiner Schlussfassung vom 24.05.2024 gemäß **Anlage 1**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 9 Widmung von Straßen im Stadtgebiet; hier: Schaufenberg Teil 2
2024/0180/A60
Entscheidung**

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt gemäß § 6 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) folgende Gemeindestraßen als Hauptverkehrs-, Haupteerschließungs- und Anliegerstraßen sowie Verbindungsgassen dem öffentlichen Verkehr zu widmen:

Am Feuerwehrhaus	-	Anliegerstraße
Am Kreuzberg	-	Anliegerstraße
Brucknerstraße	-	Anliegerstraße
Engelstraße	-	Anliegerstraße
Florianstraße	-	Anliegerstraße
Hauptstraße	-	Haupterschließungsstraße
Hoengener Straße	-	Hauptverkehrsstraße
Johann-Klinkenberg-Straße	-	Anliegerstraße
Leidesheimer Weiden	-	Anliegerstraße
Maurerstraße	-	Anliegerstraße
Max-Planck-Straße	-	Haupterschließungsstraße
Mühlenweg	-	Haupterschließungsstraße
Nordstraße	-	Anliegerstraße
Otto-Hahn-Straße	-	Anliegerstraße
Paul-Dorn-Straße	-	Anliegerstraße
Resi-Quint-Straße	-	Anliegerstraße
Schaufenberger Straße	-	Hauptverkehrsstraße
Schmiedstraße	-	Anliegerstraße
Siersdorfer Straße	-	Hauptverkehrsstraße
Vennweg	-	Anliegerstraße
Voßpfädchen	-	Anliegerstraße
Verbindungsgassen		

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

- Zu 10 Bebauungsplan Nr. 374 – FV Anlage – Duckweiler Wüstung –**
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen
Auslegung zum Bebauungsplan Nr. 374 – FV Anlage – Duckweiler
Wüstung –
b) Billigung des geänderten Bebauungsplanentwurfes
c) Beschlussfassung über die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungs-
planes Nr. 374 – FV Anlage – Duckweiler Wüstung –
2024/0191/A61
Entscheidung

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, fragt an, wobei es sich um „verbal argumentativ beschriebene Flächencharakteristik“ handeln würde.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko erklärt, dass man nicht im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde sei. Die Fläche sei seinerzeit im Grünordnungsplan enthalten und sichere die Ausgleichsflächen für den Business Park Alsdorf Hoengen. Im Grünordnungsplan sei von einer artenreichen Fläche die Rede, die aber faktisch dort nie entstehen könne, da man die Fläche sonst einzäunen müsse. Auf diese Argumentation ließe sich die StädteRegion Aachen nicht ein. Man habe sich nun auf einen Kompromiss geeinigt, dass man neben den Freiflächen/Photovoltaikanlagen einen externen Ökoausgleich in Form einer öffentlich zugänglichen Bürgerwiese anlege. Einen entsprechenden Wunsch bezüglich einer Bürgerobstwiese gebe es bereits aus der Bevölkerung. Bei der numerischen Bewertung des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) werden auch die Flächen unter den PV-Modulen nicht erfasst, obwohl, wenn sie vernünftig angelegt

werden, sie eine ökologische Wertigkeit erreichen können. Hingegen besteht gemäß der numerischen Bewertung des LANUV unter den PV-Modulen annähernd eine Vollversiegelung. Hier hat im Gegenzug die StädteRegion Aachen eine ökologische Wertigkeit der Flächen unter den PV-Modulen anerkannt und steht einer entsprechenden Bewertung positiv gegenüber.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

- a) beschließt nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung (**Anlage 7**) zum Bebauungsplan Nr. 374 – FV Anlage - Duckweiler Wüstung - die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe (**Anlage 8, rechts Spalte**).
- b) billigt den geänderten Bebauungsplanentwurf zum Bebauungsplan Nr. 374 – FV Anlage - Duckweiler Wüstung - (**Anlage 3, 4 und 5**).
- c) beschließt die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 374 – FV Anlage - Duckweiler Wüstung -.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 11 Anfragen und Mitteilungen

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, fragt bezüglich der neuen Windräder zwischen Linden-Neusen und St.Jöris an, ob der Schattenwurf der Windräder den Ortsteil Begau treffen würde und wer für die Prüfung der Genehmigung zuständig sei. In den Prüfungsunterlagen seien explizit die Ortsteile Schleibach und Broicher Siedlung genannt, jedoch nicht der Ortsteil Begau.

gez. Plum
Ausschussvorsitzender

gez. Haag
Schriftführer